

Zu den Aufgaben der Spionageabwehr bei der Unterbindung des Mißbrauchs von diplomatischen und anderen Vertretungen aus westlichen Staaten in der DDR als »legale Basen« der Geheimdienste

Zum Begriff »legale Basen«

Wenn Geheimdienstmitarbeiter in Vertretungen ihrer Staaten im Ausland tätig sind und von hier aus Aktivitäten für ihre Geheimdienste unternehmen, wird das als »Geheimdienstarbeit von »legalen Basen« aus« bezeichnet, womit die Vertretungen selbst nicht automatisch zu »Außenstellen« der Geheimdienste deklariert werden können.

536

Die westlichen Geheimdienste – und nicht nur sie – haben schon immer Vertretungen ihrer Staaten in anderen Ländern genutzt, um dort ihre Mitarbeiter und Agenten zur Erfüllung eigenständiger nachrichtendienstlicher und anderer Aufgaben zu platzieren. Solche Vertretungen waren und sind diplomatische Missionen (Botschaften, Konsulate), Büros internationaler Organisationen, Einrichtungen, Gesellschaften wie der UNO, der UNESCO, der EU, des IWF; Büros von Publikationsorganen, Rundfunk- und Fernsehgesellschaften, Nachrichtenagenturen, Verlage, Handelsvertretungen, Konzernbüros, Büros von Fluggesellschaften, Banken und Versicherungen, Sitze internationaler und bilateraler Wirtschaftsvereine oder -ausschüsse, akademische, religiöse oder caritative Einrichtungen u. v. a. m.

Von besonderer Bedeutung sind dabei diplomatische Missionen und Büros internationaler Organisationen. Die Objekte und ihre Mitarbeiter genießen einen besonderen, speziellen völkerrechtlichen Bestimmungen entsprechenden Schutz, wie sich das aus den Wiener Konventionen über diplomatische und konsularische Beziehungen ergibt. Das diplomatische Personal hat den Status einer »Bevorrechteten Person« mit allen damit verbundenen Privilegien, zum Beispiel der kontrollfreien Grenzpassage und die Gewährleistung von Immunität, ihnen sind freie Arbeits-, Bewegungs- und Lebensbedingungen im jeweiligen Gastland zu gewähren. In abgestufter Form gilt das auch für Mitarbeiter in anderen nichtdiplomatischen Vertretungen, wenngleich dabei oft in sehr differenzierter Form die jeweils innerstaatlichen Regelungen zur Grundlage genommen werden. Selbstverständlich nutzten auch die Hauptgegner des MfS – der BND, die CIA und alle anderen USA-Geheimdienste, der britische SIS und Frankreichs DGSE – die Möglichkeiten der Arbeit aus »legalen Basen«. Vor allem in den Botschaften wurden in offizieller Abstimmung mit den jeweiligen Außenministerien ihrer Staaten Geheimdienstmitarbeiter der Aufklärung, aber auch für Abwehraufgaben eingebaut – je nach Größe der Botschaft und Bedeutung des Gastlandes –, die dann als »legale Residentur« tätig wurden.

Bezeichnend ist die Tatsache, daß z. B. beim Stellvertretenden Direktor der CIA für »Operationen« neben den Stäben für Auslandsaufklärung, verdeckte Aktionen und Spionageabwehr auch ein gesonderter »Stab für allgemeine Abdeckung« existiert, womit die Einsatzrichtung aus »legalen Basen« mehr als deutlich wird.

Vom BND war bekannt, daß auch seine »Legal-Residenturen« mit dem Auswärtigen Amt, namentlich mit dem Außenminister, abgestimmt wer-

537

den mußten. In der Ständigen Vertretung der BRD bei der DDR konnte keine Geheimdienstresidentur erkannt werden.

Hauptrichtungen der Geheimdienstarbeit aus »legalen Basen«

Aus den Erfahrungen der Sicherheitsorgane befreundeter sozialistischer Staaten und der ersten DDR-Diplomaten in nichtsozialistischen Ländern, aus Erkenntnissen der HVA und vielen offiziellen Informationen wurden die Hauptrichtungen der Geheimdienstarbeit aus den »legalen Basen« deutlich. Das waren vor allem:

– Die Informationsgewinnung durch die Werbung und Steuerung von Spionen aus dem Kreis der Bürger des Gastlandes, hier anwesender eigener Landsleute oder Bürger aus Drittländern, die über entsprechende Spionagemöglichkeiten verfügten (Schaffung sogenannter illegaler Residenturen). Informationsgewinnung durch Eigenerkundung (z. B. Aufklärungsfahrten in militärische Schwerpunktgebiete) und durch gezielte Abschöpfung hergestellter persönlicher Kontakte im Gastland. Bei der Eigenerkundung kamen nicht selten technische (optische, akustische, elektronische) Hilfsmittel zum

Einsatz.

– Die gezielte Einflußnahme auf geeignete Kontaktpartner im Gastland im Sinne der eigenen Politik, erforderlichenfalls zur Unterstützung oppositioneller Kräfte zur Herbeiführung gewollter politischer Veränderungen im Gastland bis hin zur Planung, Vorbereitung und Durchführung von Terroraktionen, politischen Morden und Putschen. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an »verdeckte Operationen« der CIA-Residenturen in Chile, Nicaragua, Iran, CSSR, Polen und letztlich auch in der DDR. Dazu später mehr.)

– Das Wirken von Geheimdienstmitarbeitern in den jeweiligen Botschaften – besonders aus den Abwehrbereichen –, die die Aufgabe hatten, den eigenen Personalbestand, die Objekte und die Kommunikation vor gegnerischen Angriffen zu schützen. Für den unmittelbaren Schutz von Objekten und Personal existierten meist direkte, offizielle Kontakte zu den Sicherheitsorganen des Gastlandes.

Die Erfahrungen besagten, daß Geheimdienstmitarbeiter – speziell die »Aufklärer«, meist in den politischen und ökonomischen Abteilungen platziert waren. In einigen Botschaften, etwa in denen der USA (CIA-Residenturen), waren sie als eigenständige Abteilung der Botschaft mit Tarnbezeichnung abgedeckt. In der BRD war es die »Office of Coordinator and Advisor« und in der USA-Botschaft in Österreich die »Peripheal Reporting Section«. Generell war für die Arbeit der Geheimdienstmitarbeiter in »legalen Basen« besonders charakteristisch die parallele Arbeit von legalen und

538

illegalen Residenturen, die direkte oder indirekte Einbeziehung »normaler Mitarbeiter« in den Vertretungen in die Realisierung von Geheimdienstinteressen sowie die Einordnung der Geheimdienstaktivitäten in die normale Tätigkeit und Aufgabenstellungen der jeweiligen Botschaften.

Die Stärke der Residenturen und der Umfang ihrer Aktivitäten hingen maßgeblich von der Rolle der Geheimdienste und der Bedeutung des Gastlandes für diese ab.

Alle geschilderten Erkenntnisse und Erfahrungen galten natürlich auch für die Geheimdienstarbeit aus »legalen Basen« in der DDR, mit einem grundsätzlichen Unterschied: der Existenz des unmittelbar benachbarten Westberlin, von wo aus sich vieles weit besser steuern ließ.

Zur Situation in der DDR

Nach dem Abschluß des Vierseitigen Abkommens zu Westberlin 1971 und dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD 1972 erfolgte eine allgemeine internationale Anerkennung der DDR.

Ende 1973 unterhielten 109 Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR, viele errichteten umgehend Botschaften in der DDR-Hauptstadt. Auf dem Fuße folgten Anträge von Publikationsorganen dieser Staaten, in der DDR ständige Korrespondenten akkreditieren und für sie Büros eröffnen zu lassen.

1986 war die DDR von 132 Staaten diplomatisch anerkannt, 107 unterhielten diplomatische Missionen, darunter 33 als Zweitakkreditierungen. Letzteres bedeutete, daß sich der Hauptsitz der Botschaft des Entsendelandes für die DDR außerhalb der DDR befand. (Kanadas Vertretung für die DDR befand sich beispielsweise zunächst in der VR Polen.) Zum Botschaftspersonal einschließlich Familienangehörige sowie ausländisches Dienst- und Hauspersonal gehörten rund 7.000 Personen.

In der DDR waren 159 ausländische Publikationsorgane akkreditiert mit 150 ständigen Korrespondenten. Rund 5.000 Reisekorrespondenten realisierten 1986 journalistische Vorhaben in der DDR.

Damit waren 1986 rund 13.000 Personen mit ca. 3.000 Kfz aus diesen Bereichen ständig oder zeitweilig in der DDR.

Allen Verantwortlichen im MfS – natürlich vor allem der Spionageabwehr – war bewußt, daß sich unter den Diplomaten, Korrespondenten und den vielen anderen Auslandsvertretern auch Mitarbeiter und Agenten der Geheimdienste befanden.

Bis zur Anerkennung durch die Mehrzahl nichtsozialistischer Staaten gehörte die Sicherung der Bereiche Außenpolitik und Medien in der DDR

539

zum Verantwortungsbereich der HA XX im MfS/Abt. XX der BV. Nunmehr kamen die Vertreter der imperialistischen Hauptmächte einschließlich ihrer Geheimdienste in die DDR. Dieser Aufgabenbereich nahm eine völlig neue

Dimension an. Er wurde der HA II als der federführenden Dienstseinheit für die Spionageabwehr übertragen. Das erfolgte insbesondere mit den Befehlen des Ministers für Staatssicherheit Nr. 16/74 und Nr. 17/74. Aus den beiden Befehlen ergaben sich, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, für die Spionageabwehr im allgemeinen und die HA II im besonderen grundsätzliche Aufgaben. Das waren der umfassende Schutz der Botschaften und Korrespondentenbüros anderer Staaten in der DDR, des Personals und der Arbeits- und Wohnräume vor terroristischen und anderen Gewalttaten, sowie die Aufklärung und Bekämpfung der Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners zur Nutzung dieser Einrichtungen unter Mißbrauch gewährter Arbeitsmöglichkeiten für subversive, insbesondere geheimdienstliche Tätigkeit, sowie für Menschenhandel und andere staatsfeindliche bzw. allgemeinkriminelle Handlungen und damit in Verbindung stehender Kontakttätigkeit.

Dazu gehörte – wie auf allen anderen Gebieten der Abwehrarbeit – auch die Aufdeckung, Beseitigung und Zurückdrängung von dabei festgestellten begünstigenden Bedingungen und Umständen für Mißbrauchshandlungen. Gleichzeitig wurden in der HA II eine Reihe neuer Abteilungen gebildet, personelle Umstrukturierungen durchgeführt und qualifizierte Mitarbeiter – Sprachkader, Journalisten, Völkerrechtler und Regionalwissenschaftler – versetzt, ausgebildet oder eingestellt. Einige staatliche Einrichtungen und Objekte sowie deren Mitarbeiter wurden in die Verantwortung der HA II übergeben, wie das bereits beschrieben wurde.

Nach allen bis dahin vorliegenden Erfahrungen des MfS im Kampf gegen die Geheimdienste war klar, daß Botschaften, Vertretungen, Korrespondentenbüros u. a. der USA, der BRD, Großbritanniens und Frankreichs in der DDR sowie die dort verdeckt wirkenden Geheimdienstmitarbeiter die Schwerpunkte der neuen Aufgabenbereiche der Spionageabwehr bilden würden.

Andererseits befanden sich zahlreiche Botschaften aus der sogenannten Dritten Welt in der DDR mit ihren vielfältigen Problemen gegenüber ihren ehemaligen Kolonialmächten, die nun ebenfalls in der DDR vertreten waren.

Erinnert sei nur an die spannungsgeladenen Beziehungen zwischen Frankreich, Algerien, Kongo und Tunesien, zwischen Großbritannien, Libyen, Irak, Indien und Nigeria, zwischen Belgien und Zaire u. a.

Die ehemaligen Kolonialmächte wiederum versuchten, mit Geheimdienstoperationen schwindenden Einfluß auf ihre ehemaligen Kolonien

540

entgegenzuwirken oder Diplomaten/Korrespondenten dieser Länder als »Stellvertreter« gegen die DDR einzusetzen. Es lagen diesbezügliche Erkenntnisse zu Großbritannien, Frankreich, Portugal vor, im Hintergrund agierten die Geheimdienste der USA und BRD.

Einige Staaten Asiens und Afrikas betrachteten ihre Botschaften in der DDR wegen des idealen Standortes in bezug auf Westberlin und die BRD, den Transit, die Logistik und die günstigen Kosten als ihre »Europazentralen« und besetzten sie überproportional – auch hinsichtlich des Anteils an Geheimdienstmitarbeitern. Bekannt war das z. B. hinsichtlich der Vertretungen aus dem Irak, aus Syrien, Libyen und Somalia.

Andere Staaten hatten untereinander erhebliche politische Differenzen und neigten gelegentlich dazu, diese Rivalitäten untereinander, aber auch gegen Oppositionelle aus dem eigenen Land, auf dem Boden der DDR auszutragen. Es gab Entführungen, Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und andere Vorfälle.

Einige Botschaften oder Büros sowie deren Mitarbeiter waren in hohem Maße terrorgefährdet und bedurften oft besonderer Schutzmaßnahmen, z. B. die der USA, Großbritanniens, der Türkei, des Iran, Iraks, Libyens, der PLO, SWAPO und des ANC. Die besondere Schutzbedürftigkeit ergab sich oft aus der konkreten internationalen, regionalen oder auch bilateralen Situation der staatlichen Beziehungen untereinander. Meist war das zeitlich begrenzt und berührte die DDR nicht selten nur indirekt, konnte aber für die DDR mit erheblichem politischen Schaden verbunden sein (etwa das Verhältnis USA-Libyen und der Anschlag auf die Westberliner Diskothek »La Belle« 1986).

Viele Diplomaten nutzten ihre Privilegien und die Immunität in mehr oder weniger großem Umfang, um persönliche Vorteile zu erzielen. Das galt auch für die anderen Mitarbeiter von Botschaften sowie für ständige

und Reisekorrespondenten. Es kam zu schwerwiegenden Gesetzesverletzungen, etwa bezahlten Menschenhandel durch Ausschleusung von DDR-Bürgern, Schmuggel von Drogen, Waffen, Edelmetallen, Antiquitäten sowie zu Spekulationen mit Währungen und Waren unter Nutzung des Wechselkurses zwischen Mark der DDR und DM. Die finanzielle Bereicherung von Mitarbeitern ausländischer Vertretungen auf Kosten der DDR war zum Teil beträchtlich. Ursächlich dafür waren aber auch begünstigende Umstände, die von der DDR selbst geschaffen worden waren. Dazu zählten die möglichen Währungsmanipulationen unter Nutzung der Devisenkonten in der DDR und die völlige Gleichbehandlung aller Mitarbeiter der Botschaften, vom Botschafter bis zum Gärtner, als bevorrechtete

541

Person etwa bei der kontrollbefreiten Grenzpassage. Es waren besonders die nicht-diplomatischen Mitarbeiter, das Dienst- und Hauspersonal der Botschaften, die in solche kriminelle Machenschaften involviert waren.

Sicher war diese »Großzügigkeit« der langen außenpolitischen Isolierung der DDR als Folge der Hallstein-Doktrin geschuldet.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände galt es für die HA II, den Schutz ausländischer Botschaften und Korrespondentenbüros und deren Mitarbeiter und bei Erfordernis auch deren Kontrolle und operative Bearbeitung zu organisieren. Das bedurfte einer intensiven Abstimmung und Koordinierung zwischen den zuständigen Dienststellen des MfS und eines engen Zusammenwirkens mit den beteiligten anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Einrichtungen der DDR, speziell dem MfAA, dem MdI, der Zollverwaltung sowie den zuständigen speziellen Versorgungseinrichtungen in der DDR.

Die Analyse der damaligen konkreten politischen Rahmenbedingungen für das Wirken der Geheimdienste aus den »legalen Basen« in der DDR, insbesondere in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre, ergab ein widersprüchliches Bild: Einerseits wurden wichtige Schritte in Richtung Entspannung, Koexistenz und Abrüstung unternommen – andererseits gab es enormen politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Druck der USA und der NATO, vor allem auch der BRD, auf die Staaten des Warschauer Vertrages und des RGW sowie auch gegen einzelne Länder des Staatenbündnisses, darunter die DDR.

Zugleich vertieften sich auch die Widersprüche in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern, darunter auch zwischen der DDR und der UdSSR. Es war der Beginn prinzipienloser Kompromisse einzelner sozialistischer Länder und ihrer Politiker gegenüber dem Druck der imperialistischen Hauptländer.

Die komplizierter werdende Situation in der Volkswirtschaft der DDR, die zunehmende Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit der Versorgungslage, den Reisemöglichkeiten, der Informationspolitik und auf anderen Gebieten verschärfte die innenpolitische Situation. Das wurde durch die wachsende Entfremdung der SED- und Staatsführung und deren Reduzierung auf das SED-Politbüro und seinen Generalsekretär verstärkt. Gleichzeitig wurde die Politik der SED zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und einer hohen politischen Stabilität in Staat und Gesellschaft durch eine Überbetonung administrativer und repressiver Mittel und Methoden erkennbar deformiert.

542

Vor diesem internationalen und innerstaatlichen Hintergrund entwickelten sich die Aktivitäten aus »legalen Basen« zu einer bis dahin nicht gekannten Kraft geheimdienstlich gesteuerter Angriffe gegen die DDR. Neben dem konzentrierten Einsatz geworbener Agenten und Spione der Geheimdienststellen in der BRD und Westberlin sowie der immer mehr perfektionierten Fernmelde- und elektronischen Aufklärung, wurden die geheimdienstlichen Möglichkeiten aus den »legalen Basen« zur Informationsbeschaffung und zur gezielten Einflußnahme auf Personen, Handlungen und Prozesse zu wesentlichen Bestandteilen der zunehmenden Versuche einer systematischen Destabilisierung der DDR.

Zur Kontaktarbeit aus »legalen Basen«

Es wurde immer deutlicher, daß die Kontaktarbeit der Diplomaten und Korrespondenten der BRD, der USA, aber auch Großbritanniens, Frankreichs

sowie anderer westeuropäischer, vor allem deutschsprachiger Staaten, gegenüber DDR-Bürgern enorm zunahm und dabei die erkannten oder vermuteten Mitarbeiter und Agenten der Geheimdienste in den »legalen Basen« eine regieführende Rolle spielten.

Im Zuge der Kontrolle und Bearbeitung von zwei CIA-Mitarbeitern der Residentur in der USA-Botschaft in der DDR konnten z.B. über 200 stabile Kontakte zu DDR-Bürgern festgestellt werden, wovon ein Teil über ein beachtliches internes Wissen über Vorgänge und Entwicklungen in den einzelnen Bereichen der DDR verfügte, sich aber gleichzeitig ideologisch und bewußtseinsmäßig von der DDR immer mehr entfernte.

Die Analyse der DDR-Kontaktpartner erkannter oder vermuteter Geheimdienstmitarbeiter in »legalen Basen« und der Methoden der Kontaktarbeit, ließ die Spionageabwehr zu dem Schluß kommen, daß sich dahinter eine Doppelstrategie verbarg: die Schaffung und Nutzung von DDR-Kontaktpartnern zur gezielten Informationsabschöpfung aus besonders interessierenden Bereichen bei gleichzeitiger massiver Beeinflussung der DDR-Kontaktpartner im Sinne der Politik, der Wertevorstellungen und der Lebensweise »des Westens« mit entsprechender Anleitung zum Handeln in diesem Sinne.

Für die Realisierung dieser Doppelstrategie bedurfte es sowohl intelligenter, psychologisch, rhetorisch und fachlich geschulter Diplomaten, Korrespondenten/ Journalisten, als auch auskunftsbereiter DDR-Kontaktpartner mit hohem Informationspotential und zunehmender Identifikation mit den westlichen Denk- und Lebensverhältnissen. Beide Seiten existierten, sie mußten nur zusammengeführt werden, es mußten dafür günstige Bedin-

543

gungen geschaffen werden. Die wurden bei zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Gelegenheiten wie Empfängen, Informationsveranstaltungen, Vorträgen, Kulturveranstaltungen, Besichtigungen, Besuchen offizieller Persönlichkeiten usw. gefunden.

In dem Maße, wie sich die allgemeine Unsicherheit und vermeintliche Perspektivlosigkeit in der DDR ausbreiteten, erhöhte sich die Kontakttätigkeit der Geheimdienstmitarbeiter in den »legalen Basen«.

An den größeren und kleineren, bis hin zu ganz privaten Zusammenkünften nahmen von DDR-Seite sehr oft Personen aus unterschiedlichen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen teil, die häufig auch sehr widersprüchliche Positionen zur politischen Lage innerhalb und außerhalb der DDR vertraten.

Bei solchen Zusammenkünften, die zum natürlichen Arbeitsleben von Diplomaten und Korrespondenten gehörten, stellten sich im Hinblick auf die Gesprächsführung aus der Sicht der Spionageabwehr solche sicherheitsrelevante Fragen: Wo waren die Grenzen zwischen außenpolitischen, diplomatischen, journalistischen und geheimdienstlichen Interessen der Mitarbeiter aus »legalen Basen«? War das für den DDR-Partner durchschaubar? Kannte der offizielle DDR-Kontaktpartner bei solchen Protokollveranstaltungen seine Grenzen beim »Geben« und »Nehmen« von Informationen? Oder waren seine Vertrauensseligkeit, seine Schwatzhaftigkeit und Renomiersucht, seine Unerfahrenheit, sein Unvermögen oder gegebenenfalls auch seine tatsächlichen politischen Absichten ein Sicherheitsrisiko? Oder ging der DDRBürger schon mit der Absicht zu einem solchen Treffen, seine negative bis ablehnende Haltung zur SED/DDR kundzutun, Verbündete zu finden, oppositionelle Gruppen bekanntzumachen oder aber auch seine eigene neue Existenz im westlichen Ausland vorzubereiten?

Die Diplomaten, Korrespondenten, Journalisten und Gäste aus dem westlichen Ausland, oft Spezialisten und Kenner auf dem jeweils anstehenden Gesprächsgebiet, nicht selten erkannte oder vermutete Mitarbeiter oder Agenten der Geheimdienste, studierten ihre DDR-Kontaktpartner, forderten Antworten heraus, gingen weiter in die Tiefe und nahmen Einfluß auf die weiteren Denkprozesse. Ihre Informationsausbeute war erfahrungsgemäß sehr groß. Es gab Ansätze zum Nachhaken bei weiteren Gelegenheiten. Der DDR-Kontakt mußte nicht risikovoll angeworben werden, ein möglicher politischer Skandal wurde dadurch vermieden, und außerdem waren die Kosten vergleichsweise gering. Auch die DDR-Kontaktpartner wollten meist gar nicht wissen, ob ihr Gesprächspartner Geheimdienstmitarbeiter war, selbst wenn sie es vermuteten. Sie hatten

ein »reines Gewissen«, wer wollte ihnen einen Geheimdienstkontakt nachweisen? Eben unter diesem Aspekt muß beispielsweise der von der HA II eindeutig dokumentierte und über zwölf Jahre feststellbare Kontakt von Pfarrer Rainer Eppelmann, später Minister, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der »Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages«, zu mindestens fünf Mitarbeitern der USA-Botschaft in der DDR, darunter zuletzt zum CIA-Mitarbeiter Imre Elmarowitsch Lipping, betrachtet werden. Eichner/Dobbert haben in ihrem Buch ausführlich dazu Stellung genommen und interessante Details geschildert.

Bevorzugte Zielgruppen unter DDR-Bürgern, die zu Veranstaltungen eingeladen wurden, waren offizielle Vertreter der SED- und Staatsführung sowie der Blockparteien, der Massenorganisationen in der Nationalen Front der DDR, Wirtschaftsfunktionäre, Wissenschaftler aus Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehrswesen, Gesundheitswesen und Umweltschutz, Vertreter der Universitäten, Hochschulen, aus Instituten, der Volksbildung und dem Verlagswesen. Besonderes Interesse bestand hinsichtlich der Teilnahme von Kunst- und Kulturschaffenden, Schriftstellern, Theater- und Filmschaffenden, Vertretern der DDR-Medien sowie von Kirchenvertretern aller Konfessionen und Ebenen. Nicht selten wurden prominente Gäste aus der BRD oder dem westlichen Ausland eingeladen, die ihrerseits aktive Kontaktarbeit leisteten. Manchmal waren sie der eigentliche Anlaß der Zusammenkunft.

Zu Gästen zählten auch nicht selten spezielle Geheimdienstmitarbeiter aus der BRD, häufig aber auch aus der Westberliner USA-Mission.

Die Absicht war nicht zu übersehen, Kontakte nach »Wertigkeit« zu sortieren, wertvolle zu festigen, möglichst zu privatisieren und zu pflegen. Die bei solchen Kontaktgesprächen bei den Diplomaten, Korrespondenten und anderen Vertretern aus »legalen Basen« erkennbaren Informationsinteressen deckten sich weitgehend mit den Aufträgen von BND und den USA-Geheimdiensten an ihre Spione in der DDR.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre konzentrierten sich die Informationsinteressen besonders auf die Situation und Entwicklungstendenzen im Innern der DDR und die Art und Weise der Reaktion und Einflußnahme der Führung der SED/DDR darauf; die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur UdSSR und zur BRD; die damals aktuellen Akzente der Außen- und Wirtschaftspolitik der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrages und des RGW; die Situation innerhalb der SED- und Staatsführung der DDR, mögliche personelle Veränderungen, Funktionswechsel; die Versorgungssituation in der DDR, das Warenangebot, die Entwicklung der Löhne, Renten, des Wohnungsbaus, des Gesundheitswesens, der Reisemöglichkeiten

545

und die entsprechenden Reaktionen der Bevölkerung bzw. bestimmter Bevölkerungskreise darauf; die Wirkung westlicher Politik und Medien auf die DDR-Bevölkerung insgesamt sowie differenziert in bestimmten Kreisen und Gruppen; der Zustand und die Situation in der Infrastruktur, hinsichtlich der Energie- und Erdölreserven, die Struktur des Außenhandels und aktuelle Entwicklungen in der Finanzpolitik, insbesondere zur Devisenlage; konkrete Fragen zu militärischen Problemen wurden in solchen Runden selten gestellt, höchstens allgemein zur Militärpolitik der DDR oder bei konkreten Partnern.

Man traf sich in Botschaften oder Korrespondentenbüros, in Wohnungen oder in Veranstaltungsräumen und Freizeiteinrichtungen des »Dienstleistungsamtes für ausländische Vertretungen« (DAV). Als Kontakt- und Kommunikationspunkte entwickelten sich zunehmend die Bibliothek in der USA-Botschaft (besonders Videovorführungen für junge DDR-Bürger) und das Kulturzentrum Frankreichs, Unter den Linden.

Die HA II war gehalten, den Schutz und die Sicherheit solcher Veranstaltungen unbedingt zu gewährleisten. Gleichzeitig galt es, die daran teilnehmenden Personen, vor allem die DDR-Bürger, zu identifizieren und den zuständigen Dienststellen des MfS – der Abwehr, der Aufklärung, den Bezirksverwaltungen – Informationen über die Anwesenheit von Personen ihres Verantwortungsbereiches und dabei getroffene Feststellungen zukommen zu lassen. Schließlich konnten nur dort der Charakter des Kontaktes, die Gefahren eines Informationsabflusses und der Einflußempfänglichkeit am sachkundigsten eingeschätzt werden.

Und selbstverständlich wurden auch eigene IM der HA II der anderen Abwehrdienstseinheiten und der HVA zur Feststellung und Identifizierung anwesender DDR-Bürger und Gäste der Diplomaten/ Korrespondenten, zur Kontaktaufnahme mit interessanten Teilnehmern (»Blickfeldarbeit«) und zur eigenen gezielten Informationsabschöpfung eingesetzt. Derartige Feststellungen waren nicht selten der Ausgangspunkt für Bearbeitungsprozesse gegen Verdächtige, aber auch Beginn einer erfolgreichen Kontaktarbeit des MfS.

Zu einigen Erkenntnissen und Aspekten der Tätigkeit von Journalisten und Korrespondenten aus der Sicht der Spionageabwehr
Korrespondent ist ein Status, den man mit der Akkreditierung im Ausland erhält, Journalist ist ein Beruf. Kontakte – ob mit oder ohne geheimdienstlichen Hintergrund – sind Existenzbedingungen für jeden Journalisten. Hinzu kommt ihre spezielle Qualifikation, ihre Fähigkeit zur

546

gründlichen Recherche, ihr in der Regel ausgeprägter analytischer Verstand. Kontaktfreude und die planmäßige sowie aus der aktuellen Situation heraus praktizierte rasche Herstellung von Kontakten und ihre Nutzung als »Informanten« für die journalistische Arbeit zeichnet erfolgreiche Leute auf diesem Gebiet aus.

Diese Fähigkeiten und Kenntnisse prädestinieren Journalisten förmlich zur Geheimdienstarbeit, was von den einschlägigen Diensten seit eh und je auch umfangreich genutzt wird. Die Mittel und Methoden einer journalistischen Recherche und der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung sind nahezu identisch. Der unter Bundeskanzler Ludwig Erhard im Bundeskanzleramt als Abteilungsleiter III für den BND zuständige Ministerialdirektor Karl Hohmann sah schon 1968 in den Berufsbildern von Journalisten und Geheimdienstlern nahezu Deckungsgleichheit, als er feinsinnig feststellte: »Die Leute machen doch nur dasselbe wie die Journalisten – sie lesen Zeitungen und recherchieren.«³⁰

Schon sehr früh wurde das MfS mit der Allianz Geheimdienste – Journalisten konfrontiert. In einem Prozeß vor dem Obersten Gericht der DDR vom 24. bis 27. Juni 1955 gegen fünf Angeklagte konnte bewiesen werden, daß sich die »Hauptabteilung Politik« mit ihrem damaligen Direktor G. A. Ewing, vor allem die Abteilung »Informationen aus der SBZ« des Senders RIAS in Westberlin aktiv mit Spionage gegen die DDR beschäftigten.³¹ Die deutschen Agentenführer hatten Decknamen und nannten sich »Interviewer«, die geworbenen DDR-Bürger wurden als »Vertrauliche Berichter« (VB) bezeichnet. Aus »innerbetrieblichen vertraulichen Mitteilungen« des Direktors an »Interviewer« waren die Spionageaktivitäten klar erkennbar.

Zwei Beispiele dazu:

»Betr. Berichter Kurt Ritter

Sondershausen

Bezug: Aufträge an HICOG v. 5. 1. 55

Zu o.a. Bezug teilt HICOG mit, daß gegen den Berichter Kurt Ritter vom Rat des Kreises Sondershausen keine Bedenken bestehen. Gegen ihn liegen keine nachteiligen Aussagen vor und er kann deshalb auch auf Objekte der Roten Armee angesetzt werden. Nach Möglichkeit ist eine Zusammenkunft mit MV Müller zu vereinbaren.

Berlin, den 29. 1. 55

Ri/HA

gez. G. A. Ewing

Direktor«

547

HICOG war die Dienststelle des »Hohen Kommissars der USA für Deutschland«, A. Müller war der zuständige Geheimdienstmitarbeiter.

»Hauptabteilung Politik

Verteiler: Interviewer

Gemäß Anordnung HICOG vom 3. 2. 55 wird der CIC-Beauftragte, MV Meissener, künftig jeden Donnerstag und Freitag zur Verfügung stehen.

Es wird gebeten, mit den Berichtern aus der SBZ, die ihm vorgestellt werden sollen, für diese beiden Tage Verabredungen zu treffen.

Berlin, den 5. 2. 55

gez. G. A. Ewing

Direktor«

Der RIAS, der »Rundfunk im amerikanischen Sektor«, nutzte zu dieser Zeit besonders den »RIAS-Suchdienst« und die Sendung »Briefe aus der Zone«. Hörer in der DDR sollten an die in den Sendungen genannten Deckadressen schreiben. Aus diesem Kreis wurden Werbekandidaten für die USA-Geheimdienste in Westberlin rekrutiert.³¹

Ähnliche Aktivitäten, wenngleich etwas gedeckter, unternahmen auch die »Organisation Gehlen« und deren Nachfolger, der BND. Hier war es vor allem die Dienststelle 923 der Abteilung I »Beschaffung«, die *Pressesonderverbindungen* schuf und führte.

Als dann mit der weltweiten Anerkennung der DDR auch zahlreiche Publikationsorgane der BRD Anträge auf Einrichtung von Büros und Akkreditierung von Korrespondenten stellten, bekam auch die geheimdienstliche Nutzung solcher »legalen Basen« einen völlig neuen und höheren Stellenwert.

Die Journalisten mit den beschriebenen spezifischen Qualifikationen waren »vor Ort«, sie hatten einen Status als »akkreditierte ständige Korrespondenten«, sie hatten ein Büro als Anlauf- und Kommunikationspunkt, und sie bekamen in der DDR großzügige Arbeitsmöglichkeiten geboten. Solche Bedingungen wollten die Geheimdienste nutzen, allen voran der BND. Wer gelegentlich Bedenken wegen der möglichen politischen Brisanz äußerte und der »Wahrung des Berufsethos« das Wort redete, den ließ der BND wissen: »Diese Auffassung mag der eigenen berufsständischen Sicht des Journalisten entsprechen; für den Nachrichtendienst ist kein Gesichtspunkt erkennbar, unter dem er die mögliche Mithilfe eines Journalisten zurückweisen sollte.«³²

Und BND-Präsident Wessel erklärte vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß des Bundestages am 9. Oktober 1974: »Ich halte es für eine legi-

548

time und ehrenvolle Mitarbeit auch von Journalisten, wenn sie dem BND Erkenntnisse vermitteln.«

Der Publizist Manfred Bissinger – heute Chefredakteur der »Woche« – kam bereits 1987 nach umfangreichen Recherchen hinsichtlich der Zusammenarbeit von BND und Medien zu folgender Klassifizierung: »Erste Form:

Der Dienst hatte einzelne Redakteure, vor allem Korrespondenten in den osteuropäischen Staaten, unter Vertrag und zahlte monatlich Gehälter für deren Berichte. Das schwankte je nach Ergiebigkeit des Standorts (Moskau wurde besser bezahlt als Warschau), zwischen 1.000 und 8.000 Mark monatlich.

Die Journalisten hatten Agentennummern und Agentenführer. Letztere gehörten meist zu Tarnfirmen, die der BND für solche Zwecke unterhielt

... Die zweite Form der Zusammenarbeit mit Pullach war die der gelegentlichen Mitarbeit. Der Dienst stand mit Redakteuren oder Reportern in loser Verbindung und vergab Aufträge – selten direkt, meist über die schon erwähnten Tarnfirmen.«³³

Der Publizist Erich Schmidt-Eenboom kommt im Ergebnis umfangreicher Quellenstudien, darunter auch von Originaldokumenten des BND im Hinblick auf Journalistenkontakte zum BND zu der Einschätzung: »Tatsächlich waren es 230 Pressesonderverbindungen, darunter viele Journalisten von Rang und Namen, und etliche, die zur allerersten Garnitur der bundesrepublikanischen Publizistik zählen.«³⁴

Bezogen auf die Existenz der beiden deutschen Staaten und Westberlin kam hinzu, daß der ideologische Klassenkampf vor allem auch in den Medien beider Seiten ausgetragen wurde.

Unter Medien waren aus der Sicht der DDR unter diesen Umständen und zu dieser Zeit vor allem zu verstehen Funk und Fernsehen der BRD sowie die USA-Sender »Stimme Amerikas«, »Radio Free Europe«, »Radio Liberty« und die britische BBC. Die Fernsehprogramme waren bis auf einen südöstlichen Zipfel, der deshalb »Tal der Ahnungslosen« hieß, überall in der DDR zu empfangen.

Die Printmedien spielten eine untergeordnete Rolle, da nur wenige DDR-Bürger und zumeist berufsbedingt Zugang zu ihnen hatten.

Die DDR-Bevölkerung wurde täglich über Fernseh- und Rundfunkkanäle der BRD »objektiv« zur Lage in der DDR informiert. Die BRD-Medien berichteten nicht *über* die DDR, sondern *für* die DDR, was einen Fernsehkorrespondenten der BRD in der DDR zu der ironischen Bemerkung vom »Klassenfeind im Wohnzimmer der DDR-Bürger« veranlaßte.

Die zumeist einseitige und ungenügende Informationspolitik der SED-Führung

provozierte zudem einen Bedarf an »Westnachrichten«: Manche

549

ADN-Meldung verstand ein DDR-Bürger nur, wenn er am Abend zuvor Westfernsehen geschaut hatte. Die SED- und Staatsführung der DDR konnte bis zum Schluß mit der westlichen Publizistik nicht umgehen. Sie reagierte zumeist wenig besonnen und souverän, gab sich beleidigt und hektisch. Natürlich mußten Lügen und Beschimpfungen entschieden zurückgewiesen werden. Aber die Neigung, über jeden hingehaltenen Stock zu springen, war sehr ausgeprägt.

In diesem Klima des Kalten Krieges kamen Fernsehleute von ARD und ZDF, Journalisten aus Rundfunkstationen, von Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen als ständige Korrespondenten in die DDR-Hauptstadt.

Schlagartig nahm auch die Zahl der Reisekorrespondenten aus Westberlin, aus der BRD und anderen westlichen Ländern zu. Betreut wurden sie von der Abteilung Journalistische Beziehungen der Hauptabteilung Presse im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und durch das »Internationale Pressezentrum« (IPZ).

»Heimliche Betreuerin« der ständig akkreditierten Korrespondenten und der zeitweilig anwesenden Reisekorrespondenten war die Spionageabwehr des MfS, konkret die neu gebildete HA II/13, der die Verantwortung für diesen Personenkreis mit dem bereits erwähnten Befehl 17/74 übertragen wurde. Verständlicherweise standen die Korrespondenten aus der BRD und Westberlin im Mittelpunkt der »Aufmerksamkeit« des MfS, gefolgt von Korrespondenten aus den USA und Großbritannien und »Helfern« aus anderen Ländern. Einige von ihnen waren der HA II bereits aus eigener Erkenntnis, aus den zentralen Speichern des MfS, durch Hinweise der HVA des MfS oder durch Informationen anderer sozialistischer Sicherheitsorgane als überführte oder vermutete Spione/Agenten von Geheimdiensten bekanntgeworden. Bei weiteren konnten bedeutende Verdachtshinweise für eine Geheimdienstverbindung erarbeitet werden. Insgesamt war die konkrete Beweisführung aber recht kompliziert.

Zunächst wurden ständig akkreditierte und Reisekorrespondenten mit der bereits ausführlich beschriebenen Methode der Schaffung und Nutzung von Abschöpf- und Einflußkontakten wirksam.

Darüber hinaus entwickelten sich die Büros von ARD, ZDF, »Spiegel«, »Stern«, »Süddeutsche Zeitung«, »Reuters« zunehmend zu Anlaufstellen »informationshungriger« DDR-Bürger, die in der Regel auch auskunftswillige Kontaktpartner wurden. Viele solcher Kontakte wurden anschließend »privatisiert« und in die Wohnungen der Korrespondenten oder DDR-Bürger verlegt.

550

Die akkreditierten ständigen und die zeitweilig anwesenden Reisekorrespondenten waren angehalten, bei ihrer Tätigkeit und ihrem Aufenthalt in der DDR die Festlegungen der »Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der DDR« vom 21. Februar 1973 und die dazu 1973 und 1979 erlassenen Durchführungsbestimmungen einzuhalten.³⁵

Die Korrespondenten der BRD und der USA vor allem der elektronischen Medien (Fernsehen, Radio) versuchten permanent, die getroffenen Festlegungen zu unterlaufen. Sie führten illegale Befragungen von DDR-Bürgern durch, maßten sich diplomatische Privilegien und Immunitäten an, in dem sie z. B. Grenzkontrollen verweigerten usw. Andere, meist weniger auffällige Korrespondenten verstießen gegen die Verordnung und Gesetze der DDR, indem sie Geheimdienstaufträge realisierten. Ein Beispiel: Als Vertreter einer Regionalzeitung im Rheinland war in der DDR ein etwa 70-jähriger Herr B. akkreditiert. Er bekam die erforderlichen Papiere, mietete ein Postfach im Pressezentrum und eine teure Wohnung in Berlin. Bei der Überprüfung eines Hinweises der HVA aus der Zentrale des BND über dort regelmäßig eingehende Informationen zu speziellen aktuellen politischen Themen aus Berlin, gab es erste Verdachtshinweise auf diesen Korrespondenten. Dieser Journalist reiste nur alle vier bis sechs Wochen in die DDR ein, leerte Postfach und Briefkasten, führte kurze, nichtssagende Gespräche im Pressezentrum und begab sich jedesmal für mehrere Stunden in das Gebäude des Hauptvorstandes der CDU der DDR in Berlin. Sorgfältige Ermittlungen ergaben, daß er dort mit einem ehemaligen

hauptamtlichen Mitarbeiter des Parteivorstandes der CDU, der nach seiner Berentung noch tageweise dort beschäftigt war, zusammentraf. Der CDUMitarbeiter hatte Zugang zu allen Staats- und Parteidokumenten, die im Hauptvorstand der CDU zur Verfügung standen, wählte wesentliche Inhalte aus und sprach diese bei den Zusammentreffen auf ein Mini-Tonband, das der Journalist mit sich führte.

Zu einem geeigneten Zeitpunkt erfolgte die konspirative Festnahme beider Partner. Dabei konnten eindeutige Beweise für die BND-Beziehungen gesichert werden. Nach einer politischen Entscheidung von Erich Honecker in Abstimmung mit dem CDU-Vorsitzenden, Gerald Götting, wurde der »Journalist« am Abend des gleichen Tages noch freigelassen und durfte ausreisen. Die Untersuchungen gegen den DDR-Bürger wurden auf »zentrale Entscheidung« kurz darauf eingestellt.

Über den folgerichtigen Entzug der Akkreditierung für diesen »Journalisten« hat es nie einen Protest der Bundesrepublik gegeben.

551

Zahlreiche andere BRD-Journalisten (»Pressesonderverbindungen«), darunter auch IMB der Spionageabwehr und Kundschafter der HVA, erhielten vom BND oder über eine der vielen Tarnfirmen sogenannte *Redaktionsmemoranden*, in denen der jeweils konkrete Informationsbedarf des BND – journalistisch abgedeckt – aufgelistet war.

Durch gezielte Fahndungsmaßnahmen der Abt. M im postalischen Verbindungssystem des BND wurde 1979 ein zunächst unbekannter Briefeschreiber entdeckt, der später als »Selbstanbieter« beim BND und Verräter Winfried B., ein ehemaliger leitender Offizier der Verwaltung Aufklärung des MfNV, identifiziert wurde. Er war Alkoholiker und kriminell geworden, weshalb er bereits 1970 aus der NVA entlassen worden war. Vom BND aber war er dennoch zur Spitzenquelle erklärt und in die persönliche Obhut des damaligen BND-Präsidenten Klaus Kinkel genommen worden. In der späteren westlichen Geheimdienstpublizistik wurde ihm der BND-Deckname »Roter Admiral« gegeben.

Seine Bearbeitung erfolgte bei der HA II im Operativen Vorgang »Bär«. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß B. und seine Lebensgefährtin über die VR Polen via Schweden in die BRD ausgeschleust werden sollten. Geplant war die Ausschleusung unter maßgeblicher Mitwirkung von Horst H., einem Journalisten aus der Bundesrepublik. H. war bereits jahrelang als sogenannte Reisequelle unter der Abdeckung eines Reisekorrespondenten für die BND-Tarnfirma »Verlag Sport und Mode« in Wiesbaden in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR aktiv und insofern ein erfahrener »Reisender«.

Die Ausschleusung wurde in Kooperation mit den polnischen Sicherheitsorganen unterbunden.

Bei der HA II/13 und den Abt. II der BV wurden eine ganze Reihe akkreditierte ständige und Reisekorrespondenten, einreisende Journalisten und deren Kontakte in Operativen Vorgängen bearbeitet. Die Beweisführung gestaltete sich oft sehr kompliziert, in manchen Fällen waren aus politischen oder auch operativ-taktischen Erwägungen Sanktionen (in der Regel Ausweisungen) nicht zweckmäßig. In einigen Fällen wurden ständig akkreditierte Korrespondenten der BRD wegen grober Verstöße gegen die Journalistenverordnung – besonders wegen verleumderischer Berichterstattung – im Auftrag der SED-Führung ausgewiesen. 1975 betraf das den »Spiegel«-Korrespondenten Mettke, 1976 den ARD-Korrespondenten Loewe, 1979 den ZDF-Korrespondenten van Loyen. Von 1978 bis 1988 war das »Spiegel«-Büro in der DDR geschlossen. Anderen Redaktionen wurde empfohlen, bestimmte Journalisten erst gar nicht zur Akkreditierung vorzuschla-

552

gen oder zurückzuziehen. Verschiedenen Journalisten wurde die Einreise in die DDR verwehrt. Sie wurden in »Reisesperre« genommen, um damit politische Provokationen vorbeugend zu verhindern.

Einige spezielle Aspekte zu Geheimdienstresidenturen in »legalen Basen«

In fast allen Botschaften in der DDR befanden sich Geheimdienstresidenturen, d. h. Geheimdienstmitarbeiter unter Diplomaten und Mitarbeitern der Botschaft, die als Gruppe unter Leitung eines Residenten jeweils individuell oder arbeitsteilig Spionageaufgaben erfüllten, oder aber auch als einzelne Geheimdienstmitarbeiter oder Sicherheitsoffiziere wirkten.

Ihre Aktivitäten wurden maßgeblich von den konkreten politischen Beziehungen ihrer Staaten zur DDR, von der eigenen politischen Interessenlage der Entsendestaaten und der Zugehörigkeit zu Bündnissen bestimmt. Vielfach wurden auch Operationen gegen dritte Staaten, bestimmte Personengruppen oder Objekte auf dem Territorium der DDR geplant oder vorbereitet.

Ein spezielles Problem ergab sich für die HA II aus den Besetzungen der Ständigen Vertretung der BRD durch DDR-Bürger, die damit demonstrativ ihr beabsichtigtes Verlassen der DDR erzwingen wollten. *(Dazu mehr in einem nachfolgenden Beitrag)*

Aus der Sicht der Spionageabwehr ergaben sich hinsichtlich der Existenz von Geheimdienstresidenturen folgende Aufgaben:

- Intensive Kontrolle der erkannten Geheimdienstmitarbeiter in den Botschaften der NATO-Staaten, Aufklärung ihrer Kontaktpartner unter DDR-Bürgern, ausländischen Diplomaten und Korrespondenten als ihre »Stellvertreter« sowie von geheimen Operationen (Werbungen, Treffs u. a.).
 - Beobachtung der Geheimdienstoperationen von Mitarbeitern in anderen Botschaften und Klärung, inwiefern damit die Sicherheit oder außenpolitische Interessen der DDR gefährdet werden könnten (beispielsweise durch arabische Terroristen).
 - »Anschleusung« von IM an erkannte Geheimdienstmitarbeiter zur Informationsgewinnung über Pläne, Absichten, Mittel und Methoden, sowie zur Vorbereitung und Durchführung von Werbeoperationen oder anderer offensiver Maßnahmen des MfS (zum Beispiel Desinformationsmaßnahmen).
- Fast alle erkannten Geheimdienstmitarbeiter unterhielten Abschöpfungs- und Einflußkontakte. Mehrheitlich waren sie die Initiatoren und bezogen andere Botschaftsmitarbeiter, Korrespondenten, eingereiste »Gäste« gezielt in ihre Tätigkeit mit ein. Das betraf vor allem Geheimdienstmitarbeiter in

553

den Botschaften der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Österreichs und Italiens.

Spezielle Geheimoperationen im klassischen Sinne, d. h. die Kontaktaufnahme mit, die Werbung von und konspirative Zusammenarbeit mit DDR-Bürgern auf dem Territorium der DDR wurden nur von Geheimdienstmitarbeitern aus der USA-Botschaft in der DDR bekannt. Verschiedentlich gab es Hinweise, daß Geheimdienstmitarbeiter aus Botschaften in der DDR Werbeaktivitäten gegen Mitarbeiter sozialistischer Botschaften (Polen, China) oder anderer Staaten (als »Stellvertreter« auch gegen die DDR) in Westberlin unternahmen. Einige davon wurden in Operativen Vorgängen bearbeitet.

Geheimdienstmitarbeiter aus arabischen, asiatischen und afrikanischen Botschaften warben vielfach unter ihren Landsleuten oder den Bürgern anderer Länder aus diesem Raum, die sich längerfristig in der DDR aufhielten (z. B. Irak, Syrien, Libyen, PLO) je nach konkreter politischer Interessenlage.

Zu Geheimdienstoperationen der CIA-Residentur in der USA-Botschaft

Wie überall in USA-Botschaften gab es auch in der DDR eine getarnte CIA-Residentur. Sie war – verglichen mit anderen USA-Botschaften – mit vier Mitarbeitern plus administrativem Personal relativ klein. Ihre Aktivitäten konnten allerdings nur im Zusammenhang mit der sehr umfangreichen CIA-Residentur bei der USA-Mission in Westberlin, Clayallee 170-172 richtig beurteilt werden. Es gab ständige persönliche Kontakte, vielfach reisten CIA-Mitarbeiter in die DDR-Hauptstadt ein. Geplante Operationen wurden in Westberlin vorbereitet, wenn möglich auch durchgeführt.

Mitte der 80er Jahre konnten durch die HA II auch Mitarbeiter anderer Geheimdienstzweige der USA unter den Botschaftsangehörigen festgestellt werden, die unter anderen Abdeckungen agierten. Das waren u. a. Mitarbeiter der DIA (*Defense Intelligence Agency* – Aufklärungsagentur für Verteidigung), dem zentralen Geheimdienst des Verteidigungsministeriums der USA, und des INR (*Bureau of Intelligence and Research* – Büro für Aufklärung und Forschung), dem Nachrichtendienst des Außenministeriums der USA. Sie waren zunächst als Vertreter ihrer jeweiligen Ministerien bekannt geworden. Durch die gezielten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der HA II gegenüber der USA-Botschaft und den Einsatz von IM wurden sie aber eindeutig als Geheimdienstmitarbeiter erkannt, die eigenständige geheimdienstliche Aufgaben durchführten, wie

beispielsweise die Aufklärung militärischer Objekte, Kontaktabbauungen zu DDR-Diplomaten u. a.

554

Die Geheimdienstmitarbeiter, darunter zunehmend auch weibliches Personal, waren hochqualifiziert und bestens – auch nachrichtendienstlich – auf ihren Einsatz in der DDR vorbereitet.

In der Residentur gab es eine gewisse Arbeitsteilung. Die Mehrzahl war für die bereits generell geschilderte Kontaktarbeit und Informationsabschöpfung in den verschiedenen Bereichen zuständig. Einzelne Mitarbeiter realisierten spezielle Aufgaben bei der Steuerung von Spionen oder der Eigenerkundung auf dem Territorium der DDR.

Im Rahmen der operativen Kontrolle der für spezielle Geheimdienstoperationen verantwortlichen CIA-Mitarbeiter konnten einige Aktionen erkannt und dokumentiert werden: Im Juli 1979 versuchte ein CIA-Mitarbeiter, der als 2. Sekretär der USA-Botschaft in der DDR agierte, einen Offizier der Sowjetarmee in Potsdam anzuwerben.

Es fanden Treffs mit Spionen aus der DDR statt, die im Operationsgebiet geworben wurden, vermeintlich zuverlässige Spione der CIA waren und plötzlich langfristig keine Reisemöglichkeiten mehr in das nichtsozialistische Ausland zur Durchführung persönlicher Treffs hatten. Mit denen fanden dann persönliche Treffs statt, wobei die Informationen auf Tonband gesprochen, Spionagehilfsmittel und Geld übergeben wurden und die Auftragserteilung und Instruierung erfolgten. Dabei wurden umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen eingeleitet, z. B. kurzer Sichttreff, genaue Orts- und Zeitfestlegung, Vortäuschen anderer Aktivitäten für diesen Treffzeitraum über Telefon oder bei Gesprächen mit offiziellen Kontaktpartnern oder vermuteten IM des MfS. Trotz Abwesenheit ließ man Licht in der Wohnung brennen sowie Radio oder Fernseher laufen, unternahm längere Absicherungsfahrten zum Treffort, bezog dabei manchmal auch den Ehepartner mit ein, oder parkte den benutzten PKW entfernt vom Treffort, zu dem die Weiterfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgte.

Im Gegensatz dazu fanden auch minutiös abgestimmte Materialübergabetreffs, sogenannte Momenttreffs, statt, die ebenso umfassend abgesichert wurden. Bei solchen Spionagestützpunkten der CIA in der DDR kam auch gelegentlich die zweiseitige TBK-Verbindung, vornehmlich an Autobahnen oder Fernverkehrsstraßen, zur Anwendung.

Derartige Geheimoperationen fanden auf dem Territorium der DDR nur in solchen Fällen statt, wenn andere Möglichkeiten weggefallen waren und der Spion als absolut zuverlässig von der CIA eingeschätzt wurde.

Ab Mitte der 80er Jahre war eine Zunahme bei den Einreisen von CIAMitarbeitern aus der BRD und Westberlin, vor allem aber aus der CIAZentrale in den USA feststellbar. Sie wurden als »Analytiker« bezeichnet,

555

werteten vor Ort die beschafften Informationen aus, gaben ganz offensichtlich weitere Arbeitsinstruktionen für die Residentur und nahmen nicht selten auch direkt an Kontaktgesprächen mit DDR-Bürgern teil.

Die Geheimdienstmitarbeiter der USA-Botschaft in der DDR waren insgesamt umfangreich und vielfältig tätig. Durch einen hohen personellen, organisatorischen und technischen Aufwand sowie eine gute Zusammenarbeit mit anderen Abwehrdienststeinheiten und der HVA sowie den BV und KD konnten bemerkenswerte Informationen erarbeitet werden. Es wurde dabei aber auch klar, daß die eigentliche Geheimdienstarbeit der Residentur in bzw. von Westberlin aus erfolgte.